

Berlin. Bei der Wahl im hiesigen 5. Wahlkreis wurde Haubach (freisinnig) mit 8642 Stimmen gewählt; Greiner (konfessionell) erhielt 5274, Franke (sozialist) 2523 Stimmen. Am 6. Wahlkreis wurde Pfannsch (sozialist) mit 2033 Stimmen gewählt; Ben (freisinnig) erhielt 7546, Bremer (konfessionell) 7026 Stimmen.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.



Julius Schädlich,
am See 40
Petroleum-Lampen,
Kerzen-Kronleuchter.

Magazin feiner Lederwaaren
Kunstgewerbliche Gegenstände
Bernhard Rüdiger, Willstrasserstrasse 2,
zunächst dem Altmarkt.

Geschäfts- u. Wirthschafts-Bücher,
eigene Fabrik. Lager von Haupt- u. Cassebüchern, Werksbüchern etc. etc. Specialität: Copirbücher u. Bücher für Landwirthe, Kaufleute, etc. etc. etc. Preis billig und exact. Franc: Berlin, National- und vormalige Arbeit.
G. H. Reifeld & Sohn, Dresden-N., Hauptstrasse 24.

Die Tapissier-Manufactur C. Hesse, Königl. Hoflieferant, Altmarkt, Dresden,
hält morgen Sonntag den 14. Decbr. a. o. ihre Verkaufsräume dem Verkehr geöffnet.
Nr. 348. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Wünschten für den 13. Decbr.: Mäßiger Westwind, veränderlicher Wetter mit etwas Niederschlägen und wenig veränderter Temperatur.

Dresden, 1884. Sonnabend, 13. Decbr.

Dresden, 1884. Sonnabend, 13. Decbr.

Beantwortlicher Redacteur für Politisches Dr. Emil Steiner in Dresden

Obwohl der Staatssecretär im Reichs-Justizamt, Dr. v. Schelling den Reichstag gewarnt hatte, nicht zu vielerlei Reformen der Justizgesetzgebung in Aussicht zu nehmen, hat er doch gerade selbst eine unerwartet große Anzahl Taktiken angeschlossen. Er hat, um ein von ihm gebrauchtes Bild zu wiederholen, sehr viel Töne in Schwingungen versetzt, ohne zu befürchten, daß aus der Harmonie eine Dissonanz entstehen würde. Das immer wiederkehrende Leitmotiv der zweitägigen Beratung über die Reform der Strafprozessordnung war: die Reichs-Justizgesetzgebung haben in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit ihrer Einführung zu sehr erheblichen Beschwerden geführt. Eine Durchsicht dieser Gesetzgebung Abtheilung der allerschwersten Uebelstände ist nicht aufzufinden und sie ist seitdem des Reichs-Justizamtes in Angriff genommen. Sie wird vorübergehen, als der Reichstag selbst geendet hätte. Dieser hatte das Mithras bezüglich der Strafprozessordnung. Es ist sehr dankenswerth, daß der Staatssecretär Schelling aus eigener Bewegung in den Kreis der denotierenden Verbesserungen auch die Civilprozessordnung zog. Namentlich lenkte er die Aufmerksamkeit auf die neue Einrichtung der Gerichtsbezirke, gegen welche im Volke eine sehr starke Misbilligung herrscht. Es stellt vollständig zu, was der Unterstaatssecretär andeutete, daß die den Gerichtsbezirkseingriffen eingeräumte große Selbstständigkeit sie häufig zu eigenmächtiger Ausdehnung ihrer Stellung veranlaßt. Insbesondere beschuldigt die Freiheit, die ihnen jetzt bei der Aufrechterhaltung und dem Verbrauch von Pfandstücken gelassen ist, den Schuldner in ungerechtfertigter Weise. Die Civilprozessordnung nach den Herrn Gerichtsbezirkseingriffen mit einer Nachhilfe umkleidet, daß er wie eine Art unentwerflicher Poika wirkt. Was ist doch nur einmal die ärmlichen Volksschichten, wie in ihren Verhandlungen die Gerichtsbezirkseingriffe beim Pfänden ausführt, man muß den Unmuth vieler Gepfandener über das Verfahren einzelner Gefesteten mit den Pfandstücken, man muß den Groll über die ihnen dadurch erwachsenen Vermögensverluste kennen, wofür es keinen Schadenersatz gibt, um sofort zu sagen: hier haben die Justizgesetzgeber Härten geschaffen, die unmöglich heute und sobald wie möglich abzustellen sind. Nicht minder verdient es Dank, daß der Justizsecretär die Aussicht eröffnete, den Anwaltsstand, der in seiner jetzigen Ausdehnung kaum mehr dem gegenwärtigen Rechtszustand entspricht, zu mildern. Bei der Strafprozessordnung wird die die Reform auf eine Verkleinerung der zu großen und für die Vertheilung oft recht lästigen Zahl der Geschworenen erstreckt. Auch das Protokoll, das jetzt nur ein Skelett ist, wird wieder zu einem wirklichen Protokolle gemacht werden müssen. Die sonstigen Gesichtspunkte, nach welchen die Reform der Reichsjustizgesetzgebung vorzunehmen sein wird, kann man einstweilen übergehen. Thatsache ist, was der Antragsteller Mundel darlegte, daß die Garantien einer guten Rechtsprechung in Strafsachen, von denen unter jetziger Strafverfahren „Nacht“, nicht verhindert haben, daß das Bedürfnis nach wirksamen Garantien immer kürftlicher sich geltend macht. Der Abg. Mundel gab eine reiche Blumenlese von gerichtlichen Erkenntnissen, die geradezu Erläuterungen erregen muß. Was ist doch noch bei den Gerichten möglich! Ein ganz unschuldiger Mann wurde der Hehlerei beschuldigt und verurtheilt, weil ein mehrfach bestraffter Dieb ihn bezichtigte und das Gericht sich sagte: Was hat dieser Mann für ein Interesse daran, den Andern unerschuldigt zu verurtheilen? Aus blohem Zufall kam später die Wahrheit an den Tag. Ein anderer Bericht sprach den wunderbaren physischen Grundlag aus: „Wenn irgend ein Geschirr zufällig oder aus Versehen eine Treppe herunterfällt, so kann es eine unterstehende Person nicht am Kopfe, sondern nur an den Füßen treffen.“ Und so weiter u. s. w. Aus alle Dem ergibt sich die Unausweichlichkeit einer Reform der Justizgesetzgebung.

England nur aus Noth in den Frieden, weil es schweblich befeuert war. Jetzt hält es den Zeitpunkt für gekommen, den letzten Theil der Friedensbedingungen abzuschließen und Kasse an seinen Besitzern nehmen zu können. An Streitpunkten fehlt es nicht. Die Boers erstreben für ihren Binnenstaat den Zugang zum Ozean; sie sind aber von der Meerestüste des indischen Ozeans durch einen schmalen Streifen Zululandes getrennt, der unter englischer Oberhoheit steht. Den Besitz der Boers, mittelst einer durch portugiesisches Gebiet nach der Delagoabai führenden Eisenbahn den Zugang zur Meerestüste zu erreichen, hat England hintertrieben. Ebenso hat England den Handel der Boers dadurch zu erschweren, daß es das zwischen der Kapkolonie und der Transvaal-Republik liegende Gebiet, das Betschuanaland, das in die Stella- und die Orléans-Republik vertheilt, dem Boers verweigert. Darüber ist es in beiden kleinen Republiken zu Gewaltthaten gekommen; die englischen Agenten wurden von den Boers verjagt, in hellem Haufen strömen aus Transvaal Boers ihren Vätern zu Hilfe. Anfangs verurtheilte England die Boers einschüchtern; der Gouverneur Umpington mußte den Boers so lange Recht geben, bis England genügende Truppen vereinigt hatte, um einen Schlag zu führen. Zu diesem Behufe ist General Warren mit 7000 Mann von der Kapkolonie aufgezogen. Es steht für England Großes auf dem Spiele. Befiegt Warren die Boers nicht, so verjagen sich diese mit der Kapkolonie, in deren Vertretung ihre Stammesverwandten, die Holländer, ohnehin schon längt die Mehrheit haben, zu einer großen südafrikanischen Republik und England, hat einen großen Rest verloren. Die Boers, die sich mit ihren Vorkämpfern 1881 unerbittlich gemacht haben, sind keine Fellahs, Soudanier oder Hindus und sie sind in ihrem bevorstehenden Kampfe der moralischen Unterstützung ganz Europas sicher. Die englische Armee ist durch ihre Gemüthsart, nur Völker niedriger Klasse zu besiegen, demoralisirt. Neue Niederlagen würden aber den Sturz der englischen Herrschaft beschleunigen. In Südafrika haben wir das erste Beispiel von dem Abbruch des Bündnisses nach dem Abbruch des Reichthums, dessen coloniale Entwicklung in seinem Verhältnis zu seiner inneren Kraft steht. Der britische Einfluß ist seit Jahren am Kap erschüttert, und damit ist auch der britische Handel an diesem Punkte im Niedergang begriffen. Denn der Handel folgt überall der nationalen Flagge und zieht sich mit dieser wieder zurück.

Berlin. Eine zweite Sammlung diplomatischer Aktenstücke zur Kolonialpolitik ist unter dem Titel Anglo-Burmana erschienen und dem Reichstage zugegangen.

Strasburg. Dem Reichstagsabgeordneten Antoine wurde durch den Reichstag des 1. Französischen Reichstages ein Auftragsmandat erteilt, welche für bevorstehende Verhandlungen anständig zur Erläuterung mitzutheilen.

Frankfurt a. M., 12. Decbr. Credit 26 1/2, Staatsbahn 24 1/2, Lombard 12 1/2, etc.

München, 12. Decbr. Credit 26 1/2, Staatsbahn 24 1/2, Lombard 12 1/2, etc.

Wien, 12. Decbr. Credit 26 1/2, Staatsbahn 24 1/2, Lombard 12 1/2, etc.

Bombay, 12. Decbr. Credit 26 1/2, Staatsbahn 24 1/2, Lombard 12 1/2, etc.

Berlin, 12. Decbr. Credit 26 1/2, Staatsbahn 24 1/2, Lombard 12 1/2, etc.

Bombay, 12. Decbr. Credit 26 1/2, Staatsbahn 24 1/2, Lombard 12 1/2, etc.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 12. Decbr.

Berlin. Reichstag. Die Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt. Beim Kapitel „Anfang von Remontepferden“ empfiehlt Abg. Fritsch Erparnisse und wünscht gleichzeitig, daß zu den sogenannten Privatmärkten, auf denen die Kommissionen die Pferde kaufen, auch die Grundbesitzer der Umgegend mit ihren Pferden zugelassen werden, damit das gegen die Bewanderte bestehende Vorurtheil beseitigt werde. Bundesminister Major Hünich erklärt, daß diese Anregung erwogen werden solle. Kriegsminister Bismarck hat sich demgegenüber beantragt eine Anfrage Stelle's dahin, daß bei der Aufnahme von Rabatten kein Stand bevorzugt werde. Die Familien-erbittliche werden allerdings streng geprüft, damit das Rabattenvergehen einen anständigen Charakter behalte. Richter beantragt die Zahl der Rabatten, auch der einzelnen Kategorien derselben, stattdessen festzusetzen. Bismarck will den Vorhaben gegenüber, die so oft gegen von der Richtigkeit für den kleinen Mann sprechen, die ungleichmäßige Behandlung der verschiedenen sozialen Bevölkerungsklassen konstatieren. Der Antrag Richter wird mit dem betreffenden Titel der Kommission überwiesen. Auf den Antrag Richter's wird die Gehaltserhöhung von je 1600 Mark für die Richter der Reichsjustizämter in Köln und Spandau geteilt. Es folgt der Reichstags-Abg. Bayer (Volkspartei) fragt an, in wie weit die Arbeiten, die der Vertheilung der Gerichtsbezirke betreffend, geschehen seien. Dr. Hartmann schlägt sich Namens seiner Partei der Anfrage an, und will gleichzeitig eine Revision der Rechtsanwaltskosten, die die Gerichtsbezirke mehr weit übersteigen, antragen. Vor drei Jahren seien an die Erfahrungen bezüglich der Anwaltskosten für möglich erklärt worden, die inzwischen gemachten Erfahrungen hätten das Bedürfnis auf Verabreichung der Gleichzeitigkeit sei es nicht-gehört, den Rechtsanwalts ihre Aufgabe zu erleichtern, namentlich den Zeiterlust bei den Terminen möglichst einzusparen. Ferner sei zu erwägen, wie der Ueberwälzung des Rechtsanwaltsstandes auf gleichmäßigen Wege zu begegnen sei. Staatssecretär von Schelling: Der Moment des Verlangens nach Verabreichung der Gerichtsbezirke ist Angelegenheit der Finanzlage nicht gleichmäßig. Die Gerichtsbezirke sollten auch leichtfertiger Vorgehen vorzuziehen. Die Mängel des Gerichtsbezirksgesetzes seien anzuerkennen; eine Verbesserung ist aber nicht einseitig durch Verabreichung der Gerichtsbezirke herbeizuführen. Die beabsichtigte Verabreichung der Gerichtsbezirke würde eine Verbilligung herbeiführen. Für die Revision der Anwaltsordnung und Anwaltskosten seien die Vorarbeiten im Gange. Bayer erwidert, daß wenn die Finanzlage so schlecht stehe, das eine Gerichtsbezirk-Verabreichung unmöglich sei, er gegen die Dampfer-Verträge stimmen müsse. Die Abschaffung des Anwaltsstandes und Gerichtsbezirkseingriffe würde Süddeutschland mit großer Freude aufnehmen, das heute aber allem nicht. Er fordert einen direkten Antrag auf Gerichtsbezirk-Verabreichung an Abg. Kanier: Die Sozialdemokraten wählten als Vertreter der Armen dahin wirken, daß Kanier auf sein Recht zu verzichten genötigt sei, weil ihm das nötige Geld dazu fehle. Die Justiz solle keine mildernde Maßnahme, auch der Armee solle kein Recht haben. Winterhagen spricht gegen die Behauptung Kanier's, die Sozialdemokraten seien die alleinigen Vertreter der ärmsten Klassen (heißt er richtig) Abg. Kanier: Die Rechte Winterhagen's und seiner Freunde zu den Armen ist eine recht platonische. Winterhagen solle doch seine Liebe dadurch beweisen, daß er die Reichsjustiz unentgeltlich mache, damit die Tagelöhner um Tabak herum so gut Projekte führen könnten, wie die Rittergutbesitzer. Winterhagen: Er sei stets ein Freund der Armen gewesen und habe das durch seine Abstammungen mehr bewiesen als die Sozialdemokraten. Abg. Kanier nimmt die Berichte gegen den Vorwurf bezüglich ungewöhnlicher Anlegung der Verhandlungstermine in Schutz. Die Länge der Verhandlungen lasse sich aber von vornherein nicht absehen. Winterhagen ist für Verabreichung der Kosten. Staatssecretär Schelling erklärt auf eine Anfrage, daß er über den Termin der Vollendung des Reichsgerichtsgebäudes noch keine Mittheilung machen könne. Er werde aber sobald als möglich über eintreten als 1900, welcher Termin kürzlich in der Presse genannt wurde. Der Justizetat wird genehmigt. Morgen Fortsetzung der Etatsberatung.

Vofales und Sächliches.

Gestern Abend 5 Uhr reisten Ihre Majestäten der Königin und die Königin nach Berlin. Sodann Grafen v. Götze, Oberhofmeister von Lütichau und Major von Schumpff bildeten die Begleitung.

3. Mai, die Königin wohnte am Donnerstag Vormittag in Leipzig der Messe in der katholischen Kirche bei und besuchte dann im Laufe des Tages des Vincenzusstift und des Altkatholischen, sowie die Frau Generalleutnant v. Ronthe. Am Nachmittags 1/2 Uhr fand im Hof Palais Tafel statt, zu welcher der Generalleutnant v. Ronthe, auch der städtische Hauptmann Graf v. Münster geladen waren. Abends 1/2 Uhr nahen Ihre Majestäten nach dem neuen Wohnbau.

Konigstein hat in Leipzig Ihre Majestät die Königin im dortigen Palais Ihre Kaiserin, Hohetz die Großfürstin Katharina von Russland empfangen.

Bei der am Donnerstag von Sr. Maj. dem Könige auf dem Ehrenberger Reiter abgehaltenen Jagd wurden 44 Rebhühner, 45 Rebh, 71 Hahn, 9 Hühner und 1 Jagdhund geschossen, ein Rehwild, wie es bei den dortigen Jagden seit Anfang der 1870er Jahre nicht erreicht worden ist.

In dem Befinden des Herrn Generalrat Prof. Dr. Roth, welcher seit einigen Wochen rheumatisch erkrankt ist, man noch fürchtlich eine Neuentzündung trat, ist in den letzten Tagen etwas Lichterkeit eine Besserung eingetreten, die auf baldige vollständige Genesung hoffen läßt.

Die Gewerbeschule hatte am Donnerstag wieder hohen Besuch. Der Intendant der säch. Armee, Herr Ebert Schura, besichtigte unter Führung des Direktors die Klassen, in welchen Unteroffiziere, Sergeanten und Feldwebel am Unterricht Theil nehmen, um sich zu einem weiteren Zwecke vorzubereiten und sprach seine Anerkennung über den Eifer aus, mit dem die Beamten die Stunden benutzen.

Der Dresdner Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung zählt gegenwärtig 30 Zweige und 11 Frauenvereine. In den 11 Frauen- und Jungfrauenvereinen ist überall fest gearbeitet und gesammelt worden; es wurde sehr erfolgreich, wenn sich noch mehr solche Vereine bilden wollten. Der Gustav-Adolf-Verein hat bisher 1206 Gemeinden geholfen, sich Rinden zu kaufen, er hat selbst 719 Schulen und 425 Kirchhäuser errichten lassen, freuet bei der Errichtung von 430 Kirchlichen und 1173 Schulen, hat 63 Friedhöfe errichtet und 303 Waisen- und Schulkindern Gehalt erhalten; im Ganzen sind bis Ende 1883 18,807,185 Mk. an 3105 Gemeinden vertheilt worden. Der überreichliche Subsidienfonds beträgt gegenwärtig 190,337 Mk. und soll demnächst, sobald die für ihn entworfenen Satzungen die behördliche Genehmigung erhalten haben, der evangelischen Kirchenverwaltung in Ostpreußen ausgehändigt werden.

Auch die Kunstgewerbehalle auf der Fingertstraße hat sich in ihren Schaulustigen weiblichlich geschmückt und seien die Leser aus diebeile bestimmt hingewiesen. Das eine der Reichthümer ist gegenwärtig, jedoch nur auf wenige Tage, von Herrn Uhrmacher H. Wehner hier, Remontirung, ganz in Aufrechter genommen. Die reiche Auswahl von Taschen und andern, besonders Standuhren, sind eingehendster Betrachtung werth. Unter den Taschenuhren, die sämtlich Glasuhren Gegenstände aus der Fabrik von Lange sind, fällt eine goldene Damenuhr von beiderseitiger Schönheit auf, wie sie in dieser hochheiligen Arbeit von Glasuhren noch etwas ganz Neues zum ersten Male ausgearbeitet wurde. Herr Hofrat Prof. Graf, Direktor der Kunstgewerbehalle, sowie die Herren Prof. Naumann und Prof. Kade, Lehrer an dieser Anstalt, haben Zeichnungen zu Uhrgehäusen geliefert, die in dem Jenitzer mit ausgeführt sind. Sehr viel Käufer finden die Taschenuhren mit beweglich eingearbeiteten Namenszügen, von denen auch einige ausgeführt sind, die aber natürlich sehr oft durch andere ersetzt werden. Die größeren Uhren, Schreibstuhluhren, Standuhren, 3 Th. nach Zeichnungen des Herrn Richter Werke, sind im Jenitzerischen Atelier in Dresden angefertigt und werden weithin vertriebt, sogar nach Paris.

In großer Gemüthsruhe der jenseits der Böhmisches Palm nachenden Eltern von Schulkindern wird die 8. Sitzung des Ausschusses der Schenkungsbekanntmachung eröffnet. Zum Vorsitzenden von der Kulturbekanntmachung Herr Baron, zum Vizepräsidenten der Schenkungsbekanntmachung Herr Baron an der 1. Sitzungsbekanntmachung gewählt worden.

Die General-Liquidation nebst Dank über die Preisgaben für Altewalde im „Dr. Journ.“ erzieht eine Gesamtsumme von 21,241 M. 2 Pf. Da mehrere geachteten Gönner in dieser Liquidation die Summe vermehren werden, welche von der Expedition der „Dr. Nachr.“ für den vorgenannten Zweck durch die bei ihr in unendlich vielen einzelnen Fällen eingegangenen Gaben an das Komitee abgeliefert sein müßte, so macht sich die Erklärung notwendig, daß die von der Expedition der „Dr. Nachr.“ gesammelte Summe dem Verein „Arten-Bildung“ zuwenden wird. Die Summe der Höhe von 180 M. 12 Pf. nebst 33 Pfennig, 3 Paar Strümpfen, 1 Riste Cigaretten und 3 Wanduhren abgeliefert werden und werden

Aus den Verhandlungen des Reichstags über den Militär-Etat ist vor Allem der Klagen zu gedenken über die Konkurrenz, die der Militärmusik den Civilmusikern bereitet. Die letzteren sind, die Musikern wissen es! natürlich nicht gut gefallt; die Befegung ihrer Erwerbthätigkeit durch uniformirte Kollegen ist für Viele von ihnen eine fast unerträgliche Konkurrenz. Es erweist sich ein Artikel aus Civilmusikern, wie man es früher nicht konnte. Einzelne Regimenter, die auf ganz besonders stark besetzte Kapellen kahlen, thun darin des Guten entschieden zu viel. Eine Befestigung der zu großen Militärmusikerei läßt sich recht wohl ausführen, ohne die militärische Leistungsfähigkeit der Truppen zu vermindern. Statt dessen hat man sogar neuerdings noch für das Eisenbahngregiment eine besondere Militärmusik geschaffen! Jede Einrichtung im Militärwesen, welche den bürgerlichen Erwerbthätigkeiten eine überflüssige Konkurrenz macht, sollten die Kriegsminister so bald als möglich beseitigen. Sie macht nur böses Blut und entfremdet dem unterliegenden Rechte die Symphonien ganz lokalen Bürger. Die Vereinfachung der Musikwerke durch die Aufhebung der Kantinenmusik ist größtentheils auf Grund der Beschwerde der Reichstagsgelehrten. Dasselbe geschieht hinsichtlich die Einrichtungen des preussischen Kriegsministeriums lassen dies erwarten — auch bezüglich der Militärmusik, der Sängervereine und Schützengesellschaften. Wenn die Musikwerke des Heeres an Bedeutung und Schwere in den Jubiläumstagen zu denselben Preisen hergeholt werden könnten, wie jetzt in den Jubiläumstagen, so würde dem Jubilarvertheilung die beherrschende Konkurrenz erspart werden, die ihm jetzt die Jubiläumstagen bereitet.

Außer Gynosten und der Westküste Afrikas dürfte in der nächsten Zeit auch die Südseite des Kapland und dessen Hinterländer die Aufmerksamkeit Europas auf sich lenken. England ist drauf und dran, die Boers zu unterwerfen. Wie erinnert sich, wurde Ende Februar d. J. zwischen den südafrikanischen Boern und dem gegenwärtigen England ein Frieden in Pretoria abgeschlossen, in welchem die Selbstständigkeit der „Südafrikanischen Republik“ anerkannt und ihre auswärtigen Gebietserweiterungen anerkannt wurden. England hoffte damit die Boers auf Transvaal beschränkt, sich selbst aber den Besitz der aus der Kapkolonie nach dem Inneren Afrikas führenden Handelsstraßen gesichert zu haben; doch willigte

Samos u. Stamelle
Antonsplatz 5, Porzellan